

Rede zum Haushaltsbeschluss 2019 am Dienstag, 5. Februar 2019

Bürgermeister Georg Riedmann – *es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

liebe Bürgerinnen und Bürger von Markdorf,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung und dem Spitalfonds,

liebe Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Presse,

Allgemeines

für das Haushaltsjahr 2019 legen wir Ihnen heute letztmalig einen Haushaltsplan in der kameralen Struktur zur Beschlussfassung vor. Im kommenden Herbst werden wir erstmals einen Haushaltsplan nach den Grundsätzen des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens vorlegen.

Die strategische Zielformulierung wird dann bei der Diskussion einen größeren Stellenwert einnehmen als die Detaildiskussion. Ich bin sehr dankbar, dass wir bereits bei der Beratung des jetzt vorliegenden Planes uns auf die strategischen Fragen konzentriert haben: Was sind die großen Projekte der kommenden Jahre, wie sind diese priorisiert und in welchem Zeitstrahl sollen sie abgearbeitet werden? Wir möchten diese Komponente der Zielformulierung und der Stärkung der Verantwortung in einigen Bereichen künftig noch deutlicher herauszustellen. Beispielsweise mit der Budgetierung der Schulen.

Die Summe an Investitionen, die wir für die kommenden Vorjahre planen, ist außergewöhnlich. Und es ist außergewöhnlich, dass es gelingt, diese Investitionen in der absehbaren mittleren Frist komplett ohne Schuldenaufnahme abzubilden und die Tilgung der noch vorhandenen Verschuldung planmäßig fortzusetzen. Dank einer seit 10 Jahren nun ungebrochen wachsenden Wirtschaft, die uns auch vor Ort in Markdorf stetig ausgezeichnete Steuereinnahmen beschert hat. Und dank einer weiterhin glücklichen Baulandpolitik, die zwar deutlich langsamer als in den Jahrzehnten zuvor, aber immer noch stetige Einnahmen beschert. Bei den Steuereinnahmen profitieren wir nicht nur von den direkten Einnahmen aus der Gewerbesteuer, von denen wir ohnehin einen großen Anteil wieder verlieren. Über entsprechend steigende Umlagen und entsprechend niedrigere Zuweisungen. Aktuell verbleiben in Markdorf von einem Gewerbesteuereuro am Ende nur rund 25 Cent dauerhaft in der Stadtkasse. Nein, auch die Anteile an der Umsatz- und Einkommensteuer sind in den vergangenen Jahren stetig gewachsen.

Die Eigenmittel, die uns für unsere Projekte zur Verfügung stehen, sind also zu einem erheblichen Teil vor Ort erwirtschaftete Mittel: Die Gewerbesteueranteile unserer Unternehmen sowie die Einkommensteueranteile und Umsatzsteueranteile der in Markdorf lebenden, arbeitenden und einkaufenden Menschen.

Wir müssen aber bei allem was wir tun darauf gefasst sein, dass die positiven Nachrichten auf der Einnahmenseite auch wieder einmal ins Gegenteil umschlagen können. Wir werden auf solche Veränderungen reagieren können und nach meiner Überzeugung wird dann die Herausforderung nicht im investiven Bereich liegen. Hier kann und muss in einem solchen Fall neu priorisiert und

möglicherweise zeitlich gestreckt werden. Die wirkliche Herausforderung wird für uns im Falle einer krisenhaften Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ganz klar im Bereich des heutigen Verwaltungshaushaltes liegen, bei unseren laufenden Ausgaben. Der Verweis auf unsere enorme Rücklage darf hier nicht gelten: Wie der private Haushalt darf auch die öffentliche Hand nicht laufende Ausgaben aus dem Angesparten decken. Laufende Ausgaben müssen grundsätzlich durch laufende Einnahmen finanziert werden können, sonst stimmt die Haushaltsstruktur nicht. Zu Hause wie im Rathaus. Sie alle haben anlässlich der letzten Wirtschaftskrise Erfahrung sammeln können, wie schmerzhaft Einschnitte im Verwaltungshaushalt werden können.

Wir haben für den Haushaltsplan 2019 bereits deutlich stärker als in der Vergangenheit versucht, Ansätze so zu korrigieren, dass wir mit der Darstellung des Verwaltungshaushalts näher am zu erwartenden Ergebnis liegen. Lassen Sie mich dazu nur 2 Beispiele geben: Bei den Personalkosten etwa haben wir erwartbare Verzögerungen bei Stellenneubesetzungen und weitere nicht vorhersehbare aber immer wieder eintretende Vakanz in die Abschätzung mit einbezogen. Bei der Gebäudeunterhaltung haben wir Ansätze so korrigiert, dass wir davon ausgehen können, dass diese auch abgearbeitet werden können. So haben wir es geschafft, in einem Jahr, das von den Gesetzmäßigkeiten des Finanzausgleichs und der Umlagen her an sich außerordentlich schwierig zu gestalten war, eine ordentliche Zuführung darzustellen. Im Gegenzug dürfen wir nun aber nicht mehr darauf hoffen, dass uns beim Jahresabschluss 2019 die in der Vergangenheit üblichen hohen Überschüsse erwarten.

Aus unserer Sicht der erste Weg, sich auf möglicherweise bevorstehende schwierigere Zeiten vorzubereiten: Einen schlankeren Haushaltsplan zu erarbeiten, der die Realitäten nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre trotzdem konkret abbildet.

Lassen Sie mich kurz auf zwei ganz allgemeine Themen unserer Haushalte eingehen: Der neue gefasste Paragraph 2 b des Umsatzsteuergesetzes wird erhebliche Auswirkungen auf die Stadt haben. Wir sind bereits seit über einem Jahr in Arbeitsgruppen damit befasst. Im Rahmen der Neufassung dieses Paragraphen 2b wird das Umsatzsteuerrecht der öffentlichen Hand auf eine neue Grundlage gestellt. Die bisherige Orientierung am Körperschaftssteuerrecht entfällt. Damit sind alle Eingangs- und Ausgangsleistungen einer Kommune auf umsatzsteuerliche Relevanz zu überprüfen. Die Ergebnisse der Überprüfung sind zusammenzutragen, einzuordnen und es sind daraus Handlungsalternativen abzuleiten. Dies bietet neben zusätzlichen Aufwendungen aber auch Chancen für die umsatzsteuerliche Gestaltung von Investitionen.

Als zweite allgemeine Aufgabe für die zukünftige Haushaltsplanung haben wir die Finanzierung der Eigenbetriebe zu überarbeiten. Beide Betriebe, Wasser und Abwasser, sind unterfinanziert. Neue Deckungsmittel sind aus dem städtischen Haushalt oder dem Kapitalmarkt zu generieren. Und wir müssen für beide Betriebe die Möglichkeit der Zuschussgewinnung für Infrastrukturprojekte beleuchten. Wir befinden uns dazu in einem sehr guten und sehr konstruktiven Austausch mit den zuständigen Abteilungen des Regierungspräsidiums.

Darüber hinaus ist der Eigenbetrieb Wasserversorgung per Gesetz ein BgA, also ein Betrieb gewerblicher Art, und soll eigentlich einen Ertrag für den städtischen Haushalt erzielen. Über das Thema Konzessionsabgabe werden wir im Rahmen einer zukünftigen Neukalkulation der Gebühren sprechen.

Der Tiefbau

Wo liegen aber nun die Schwerpunkte unserer Investitionen im Jahr 2019: Ganz klar im Tiefbau. Das habe ich bereits in der Neujahrsansprache angedeutet: Wir haben im Rahmen der Vorbereitungen auf die Umstellung des Haushaltsplanes eine sehr genaue Erfassung des Zustands unserer Gemeindestrassen und der Abwasserinfrastruktur erarbeitet. Daraus leiten wir die Priorisierung für den Tiefbau ab: 2019 der 2. Abschnitt der Kreuzgasse sowie die Robert Schumann Straße. Im Rahmen der Modernisierung der Abwasserentsorgung innerhalb des Abwasserverbandes Lipbach-Bodensee werden wir eine zusätzliche Pumpendruckleitung vom Sammler in Lipbach zum südlichen Ortsausgang von Kluftern federführend legen und anschließend ins Eigentum des Abwasserverbandes übergeben. Ohne dieses Projekt zur Kapazitätsanpassung werden wir aus dem Landratsamt keine Genehmigung zur Ansiedlung unserer neuen Gewerbegebiete oder auch neuer Wohngebiete mehr erhalten. Und schließlich werden wir zwei Bereiche in Ordnung bringen, die bislang wahrlich keine Aushängeschilder für unsere Stadt sind: Zum einen Möggenweiler: Bereits einige Zeit bevor ich die Arbeit für die Stadt Markdorf aufgenommen habe, begannen die Überlegungen zur Erschließung von Möggenweiler. Endlich ist es uns jetzt gelungen, die Planungen abzuschließen und in die Umsetzung einzusteigen. Endlich also eine moderne Infrastruktur für Möggenweiler. Das Großprojekt wird später dann auch Entwicklungsperspektiven für den Weiler öffnen. Aber ich denke wir sind uns einig: Diese Perspektiven werden wir ganzheitlich und für den gesamten Weiler gemeinsam mit den Bewohnern in städtischer Planungshoheit entwickeln und nicht auf Wunsch eines einzelnen Investors an einer Stelle ein Puzzlestückchen vorneweg entwickeln. Und schließlich als weitere Tiefbauaufgabe für 2019 der Bahnhof mit seinem Umfeld östlich und westlich: Die Eisenbahnstraße, die aktuell in Teilen kaum mehr als solche erkennbar ist, wird erschlossen, die anliegenden Bahnbrachen als Gewerbeflächen entwickelt. Ein erster aber sehr wichtiger Schritt zur Aufwertung des Bahnumfeldes. Dass wir dort kurzfristig einen zweiten gehen können, dafür bin ich sehr dankbar: Zwar hat die Bahn es kategorisch abgelehnt, über den Verkauf der Flächen westlich des Bahnhofsgebäudes zu reden. Doch verpachten wird sie die Flächen und ich danke Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr herzlich dafür, dass sie unserem Vorschlag zur Anpachtung mehrheitlich zugestimmt haben. So können wir die dortige optisch ebenfalls sehr unschöne und ungepflegte Situation bereinigen und mit einfachen Mitteln zusätzlichen Parkraum schaffen. So wie es sehr viele Menschen von uns nach der Einführung der blauen Zone erwartet haben. Der dritte und entscheidende Schritt, die Aufwertung, Sanierung und Nutzung des Bahnhofsgebäudes, und damit verlasse ich den Themenkomplex des Tiefbaus, scheint gleichermaßen in greifbarer Nähe und kann doch auch noch scheitern: Wir haben einen sehr ernsthaft interessierten Investor, der sich außerordentlich engagiert mit Planung und Nutzungskonzept beschäftigt. Man könnte hier ein tolles Projekt vorschlagen. Gegenwärtig sind wir allerdings dabei, die Anforderungen aus dem Landesdenkmalamt mit den Notwendigkeiten einer vernünftigen Nutzung in Einklang zu bringen. Ob dies gelingen wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Von unserer Seite haben die Planungen große Unterstützung, zumal auch ein regional in Denkmalaufgaben sehr erfahrenes Planungsbüro eingebunden ist. Wir werden alles tun was wir können, um die aktuell noch bestehenden Differenzen zwischen Planern und Denkmalbehörde auszugleichen.

Der Hochbau, mit Bildung und Kinderbetreuung

Im Hochbau werden wir in diesem Frühherbst den Spatenstich für den Kindergarten Markdorf Süd erleben, wenn das begonnene Verfahren erwartungsgemäß verläuft. Das gewählte Verfahren – Planung und Bau in einem Schritt auszuschreiben und zu vergeben – scheint sich bislang jedenfalls zu

bewähren. Das Teilnehmerfeld im vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb war hochkarätig und zahlreich. Beides war im Umfeld der aktuellen Boomsituation der Bauwirtschaft nicht unbedingt zu erwarten. Die zum Entwurf zugelassenen Bewerber lassen nun gleichermaßen auf gute Architektur und die Nutzung alternativer Methoden aus dem Systembaubereich hoffen. Genau das, was wir uns für dieses Projekt gewünscht hatten. Auf die erste Präsentation der eingereichten Pläne in wenigen Wochen sind wir sehr gespannt. Auf den Start unseres Waldkindergartens im Frühjahr freue ich mich sehr. Den von uns dafür bestellten Bauwagen werden Kinder und Erzieherinnen gern haben, da bin ich mir sicher.

Noch nicht zum Bauen werden wir in diesem Jahr an der Jakob-Gretser-Schule kommen, aber am 22. Februar werden das Kollegium der Schule und die Planer die aktuelle Vorentwurfsplanung der Öffentlichkeit vorstellen. Diese Planung wurde von der pädagogischen Konzeption bis zum Raumprogramm und dem jetzt vorliegenden Vorentwurf gemeinsam mit dem Kollegium, den Elternvertretern und die Turnhallen betreffend auch mit Vertretern des Turnvereins erarbeitet. Das war eine wichtige Zusammenarbeit, die sich gelohnt hat. Und das spüren wir jetzt an der Zufriedenheit mit dem vorliegenden Planungsergebnis, die diese Gruppen aktuell signalisieren. Das Projekt wird uns aber fordern: Finanziell, in der Baustellenabwicklung und in der Organisation der Interimsphase. Wenn wir aufmerksam in benachbarte Gemeinden und darüber hinaus sehen, erkennen wir aber, dass wir mit dem Thema Schulbau nicht alleine sind. Und auch nicht mit den finanziellen Dimensionen, die für eine moderne pädagogische Arbeit im Haushaltsplan disponiert sind. Ich wünsche mir, dass wir dieses Projekt in möglichst großer Einigkeit kraftvoll vorantreiben. Ein Baubeginn mit Schuljahresbeginn 20/21 scheint aus heutiger Sicht realistisch.

Rathausareal

Für die Neuausrichtung unseres Rathausareals haben wir ebenfalls Planungsmittel bereitgestellt. Nicht nur als Signal, dass wir die Botschaft aus dem Bürgerentscheid annehmen und beweisen werden, dass wir in der Lage sind immer das Beste aus den vorliegenden Rahmenbedingungen zu machen. Das Beste wird in jedem Fall auch etwas sehr Gutes werden, da bin ich überzeugt. Nein wir haben auch die Aufgabe und Verpflichtung diese Neuausrichtung konkret anzugehen, weil es der Fördergeber für unser Sanierungsareal Rathaus/Marktplatz/Bischofsschloss von uns verlangt. Im Jahr 2013 wurde dieses Sanierungsgebiet als Satzung beschlossen und vom Land ins Förderprogramm aufgenommen. Das Land gewährt für die formulierten Sanierungsziele einen Projektzeitraum von 8 Jahren mit einer einmaligen Verlängerungsoption von 2 Jahren. Das bedeutet, wir müssen die Sanierungsziele bis zum Frühjahr 2023 erreicht haben. In der kommenden Sitzung des Gemeinderates werden wir Sie über die genauen Anforderungen und Rahmenbedingungen der Förderung informieren, im März werden wir den Dialogprozess mit der Bevölkerung dazu starten.

Infrastruktur, Mobilität und Straßen

Dass wir in diesem Jahr ein Radverkehrskonzept beauftragen können, freut mich. Ich weiß wohl, dass es immer wieder auch Vorbehalte gegen solche externe Beauftragungen gibt. Doch die Arbeit im Arbeitskreis Radverkehr der vergangenen Jahre zeigt auch, dass wir zwar an vielen einzelnen Punkten kleine oder auch große Verbesserungen erzielt haben. Die Optimierung entlang der Familienheimbebauung ist doch ein riesiger Fortschritt, oder auch die Lösung entlang der Bushaltestelle am BZM. Aber die Aussagen unseres Mobilitätskonzeptes zum Fahrradverkehr machen klar, dass es nun einen roten Faden und eine Priorisierung für die Weiterarbeit braucht.

Die B31-Planungen betreffen unsere Haushaltsplanung kaum. Trotzdem scheint es mir angebracht, hierzu eine Woche vor der Variantenpräsentation durch den Regierungspräsidenten in unserer Stadthalle ein paar Worte zu sagen. Wenn mein Immenstaader Kollege anlässlich des dortigen Neujahrsempfanges und eines aktuellen Interviews für eine Lösung „möglichst weit nördlich“ in seiner Gemarkung geworben hat, darf ich im Rahmen der uns Bürgermeister selbst auferlegten Zurückhaltung sicherlich auch für eine Lösung „möglichst weit südlich“ in unserer Gemarkung werben. Damit ließe sich ja eine kompromissfähige Lösung erzielen. Die Initiativen aus Stetten, Hagnau und Immenstaad bitte ich zu überprüfen, ob die geäußerten Vorbehalte gegen den mittleren Korridor, nämlich die Zerschneidung der Gemarkungsfläche, die Zerstörung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und Eingriffe in eine hochwertige und auch für den Tourismus bedeutende Landschaft, nicht genau so gegen den von diesen Initiativen so stark gewünschten nördlichen Korridor vorgebracht werden müssen. Aber ohnehin bin ich kein Freund der politischen Scheingefechte: Die Trassenplanung muss rechtssicher erfolgen. Das Ergebnis wird also kein durch politische Kampagnen beeinflusstes Ergebnis sein, das wäre alles andere als rechtssicher. Das Ergebnis wird schlicht und ergreifend die rechtlichen Rahmenbedingungen abbilden.

Was unsere Haushaltsplanung hingegen sehr stark betrifft, ist unsere Verpflichtung zur Mitfinanzierung der Südumfahrung. Dass wir diese Verpflichtung neben allen unseren anderen Aufgaben im Haushaltsplan abbilden können zeigt der vorliegende Entwurf, das ist ein gutes Zeichen.

Beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist der Bodenseekreis leider nicht ganz vorne dabei. Wir in Markdorf haben durch die umstrittene Vectoringtechnologie der Telekom jedoch in der Kernstadt in weiten Bereichen akzeptable bis gute Qualitäten und sind mit der Beauftragung der Feinplanung im FTTB-Ausbau sehr gut unterwegs. Trotzdem werde ich mich mit voller Kraft dafür einsetzen, dass der Zweckverband Breitband, der uns anschließend bei der Umsetzung unterstützen muss, auf Kreisebene endlich zum Laufen kommt. Auch weil bei interkommunalen Projekten die Zuschusshöhe deutlich nach oben geht. Ziel ist es, allen Gebäuden auf der Gemarkungsfläche den Anschluss ans Glasfasernetz zu ermöglichen.

Dank und Schluss

Am Ende meiner Ausführungen ist es mir ein Anliegen, allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rathaus, sowie in allen Außenstellen, Einrichtungen und Betrieben sehr herzlich für die kraftvolle, engagierte und motivierte Arbeit zu danken. Wir alle haben in den zurückliegenden Monaten und Jahren mit großer Begeisterung viel Zeit und Kraft für ein Projekt verwendet, das wir nun nicht wie geplant umsetzen können. Dass es gelungen ist, nach einer kurzen Phase der Enttäuschung bereits so motiviert und mit neuer kreativer Kraft die neuen Aufgaben anzugehen, zeichnet Sie und uns alle aus und macht mir viel Spaß. Im März werden wir im Gemeinderat präsentieren in welchem neu justierten Organigramm wir die Verwaltung für die nächste Zeit aufstellen wollen. Ein ganz herzliches Dankeschön an Michael Lissner, der innerhalb weniger Wochen hervorragend in unserem Rathaus und in seinem Team angekommen ist. Er konnte den Beratungen des Haushaltsplanes bereits einen deutlichen Stempel aufdrücken, das haben Sie alle gespürt. Und schließlich vielen Dank für die intensive Arbeit, die Sie, die Damen und Herren des Gemeinderates für unsere Stadt tun. Auch wenn wir einmal kontrovers diskutieren, kommt an: Alle wollen für die Stadt das Beste. Ich wünsche Ihnen allen, dass diese entscheidende Botschaft im Rahmen Ihrer Wahlkampfaktivitäten der kommenden Wochen gut transportiert wird.

Herzlichen Dank!